

Platz abbeck

Nr. 6, September 2006

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.die-linke-koeln.de

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die Ein-Euro-Jobs haben nichts gebracht. Nicht nur, dass Arbeitslose davon schlecht leben können. Sie bieten den Beteiligten auch kein rechtlich abgesichertes Arbeitsverhältnis, keine gesellschaftliche Anerkennung, keine Arbeit in Würde und keine Perspektive. Und: das Ziel, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, ist nur vereinzelt gelungen. Die Kritik an der Massenware Ein-Euro-Job wird lauter – von Seiten der Gewerkschaften, der Kirchen, zahlreicher Initiativen und der Medien.

Die Wirtschaft geht derweilen ihren Weg der „Entlastung“ weiter. Auch im Kölner Bereich gibt es fast täglich neue Nachrichten von bevorstehenden Entlassungen in einzelnen Betrieben. Und es geht längst nicht mehr um Langzeitarbeitslose mit „Vermittlungshemmnissen“. Zahlreiche gut ausgebildete Menschen mit einer durchaus erfolgreichen Karriere am Arbeitsplatz stehen langfristig auf der Straße.

Bisher schien für viele Kölner Einrichtungen der Ein-Euro-Job die Lösung zu sein. Noch vor wenigen Tagen kreuzte ein Schreiben des „Konsortium Kölner Beschäftigungsträger“ bei zahlreichen kleinen Initiativen auf mit der Frage, „ob Sie generell Interesse und Bedarf an zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (sog. 1 Euro-Jobs) haben. Die uns zugewiesenen Menschen kommen aus den unterschiedlichsten Berufsberreichen, wie z.B. Bürofachkräfte, Handwerker, Hauswirtschafter, EDV- und Netzwerkspezialisten, wissenschaftliche Fachkräfte etc.“ Hier scheint sich schon ein Ein-Eurobilien-Markt zu entwickeln.

Das Konsortium hinkt allerdings mächtig hinterher. Die ArGe und mit ihr viele Einrichtungen sind schon einen Schritt weiter und bieten vielen Arbeitslosen nach einer 6-monatigen Probezeit eine sozialversicherungspflichtige Arbeit mit (Köln-)tariflicher Bezahlung und Arbeitsvertrag für 11 Monate an. Ein erster Schritt über den Ein-Euro-Job hinaus. Aber eben nur ein erster.

Den zweiten Schritt fordern bereits andere. In der Ausgabe des KStA vom 06.09.06 fordert der Kölner DGB-Vorsitzende Uellenberg-van Dawen den Stadtrat

Kampf gegen Arbeitslosigkeit – Neue Wege sind notwendig

auf, „neue Ansätze zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu entwickeln.“ Konkret bedeutet das für ihn: „Die Stadt soll gemeinsam mit den Arbeitsmarktparteien ein Konzept entwickeln, das bis zu 10 000 arbeitslosen Kölnern (und Kölnerinnen) eine neue berufliche Perspektive auf dem zweiten Arbeitsmarkt bieten kann.“

Im „Positionspapier: Öffentlich geförderte Beschäftigung – Eckpunkte“ des DGB-Bundesvorstandes fordert Annelie Buntentbach einen „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt zur mehrjährigen Beschäftigungsförderung für Tätigkeiten, die der Allgemeinheit zu Gute kommen.“ Die Diakonie geht in ihrem Positionspapier „Option sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ in die gleiche Richtung. In ihrem Konzept „Passiv-Aktiv-Transfer“ fordert sie, „die Beschäftigung als sozialversicherungspflichtige Tätigkeit auszugestalten, damit der Erwerbslose eigene Ansprüche auf Renten- und Krankenversicherung erwirbt und in die gesellschaftlichen Strukturen integriert wird.“

Der Bundesrechnungshof kam im Mai 2006 zu dem Ergebnis, dass öffentlich geförderte sozialpflichtige Beschäftigungsverhältnisse zum Teil sogar kostenmäßig günstiger sind als Arbeitsgelegenheiten, bei denen hohe Betreuungskosten für die Träger anfallen.

Die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungsbereiches mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis, das nicht der Befristung nach dem SGB II unterliegt, rückt in greifbare Nähe und ist umsetzbar.

Die Fraktion Die Linke.Köln beauftragt deshalb in ihrem Antrag zur Ratssitzung im September „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln“ die Verwaltung, „kurzfristig ein Konzept zur Entwicklung von öffentlich geförderten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen“ vorzulegen. Denn schließlich sollen die Bundesgelder, die der Verwaltung für dieses Jahr noch zur Verfügung stehen, nicht wieder zurückgegeben, sondern sinnvoll und möglichst nachhaltig ausgegeben werden. *Michael Kellner*

Seit dem 1. September sind sie da: 224 neue Auszubildende bei der Stadt Köln. An ihrem ersten Tag wurden sie von OB Schramma und Stadtdirektor Kahlen begrüßt. Dass es so viele Azubis sind, ist einer Initiative der Fraktion Die Linke.Köln zu verdanken. Ein entsprechender Antrag auf 100 neue Ausbildungsplätze war von Die Linke.Köln gestellt worden, der Rat hatte sich angeschlossen. Nun geht es darum, eine Ausbildungsquote von 6% nicht nur für die Stadt selbst, sondern auch in den städtischen Betrieben zu verankern. Wir bleiben dran!



Nach Angaben von Kämmerer Soenius im Finanzausschuss droht 2007 ein Haushaltsdefizit von rund 90 Millionen. Laut Haushaltssicherungskonzept (HSK) – einer Vorgabe des Regierungspräsidenten zum Abbau der „Altschulden“ der Stadt – sollte im kommenden Jahr eigentlich ein Überschuss von 11,7 Millionen Euro erzielt werden.

Die etablierten Parteien weigern sich, die Gewerbesteuer zu erhöhen, auf Prestigeobjekte zu verzichten oder gar einen entschiedenen Kampf gegen die von Bund und Land verfügten Kürzungen aufzunehmen. Sie werden weiterhin versuchen, das Defizit über Ausgabenkürzungen zu verhindern.

Zur Zeit durchforsten die Wirtschaftsprüfer von Kienbaum den städtischen Haushalt nach Möglichkeiten, Einsparungen vorzunehmen. Ähnliche Verfahren in Essen hatten vor allem den Zweck, Kürzungen der Sozialausgaben argumentativ vorzubereiten. Das ist auch in Köln zu erwarten.

Im Doppelhaushalt 2005/06 wurde auf drastische Kürzungen verzichtet. Grund dafür waren ein unerwarteter Anstieg der

Kürzungshaushalt 2007?

Gewerbesteuern und die Tatsache, dass die Kommune von der Einführung von Hartz IV profitiert hat.

2006 ist zwar die Gewerbesteuer massiv gestiegen (auf 955 Millionen Euro statt geschätzter 726 Millionen), doch gleichzeitig sind die Folgekosten von Hartz IV um 40 Millionen höher als im Haushalt veranschlagt.

Ein großer Teil der gestiegenen Gewerbesteuern sind Nachzahlungen wegen guter Unternehmens-Ergebnisse der letzten Jahre. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sich dies im nächsten Jahr fortsetzen wird. Das erklärt auch die düstere Schätzung des Kämmerers.

Nächstes Jahr kommen neue Belastungen auf den städtischen Haushalt zu. Die Hartz-IV-Kosten werden auf hohem Niveau bleiben oder sogar steigen – die große Koalition im Bund will den Zuschuss zu den Wohnkosten von 29 auf 10% senken. Immer mehr Arbeitsverhältnisse mit Niedriglöhnen zwingen die Menschen dazu, ergänzend ALG II zu beantragen, meistens einen

Mietzuschuss, den die Kommunen tragen müssen. Dazu kommt, dass neue Gesetzesregelungen allein auf Landesebene in 2007 12 Millionen Euro Mehrausgaben bedeuten.

Alle „Sparbemühungen“ werden das Problem nicht lösen. „Haushaltskonsolidierung“ ist ein Märchen. In Wirklichkeit können Kürzungen bei Sozialausgaben, Bildung, Kultur und Sport oder Personalabbau bei der Stadt den Haushalt nicht vor dem Defizit retten. Solche Kürzungen führen lediglich zu Verschlechterungen für die Bevölkerung.

Solange die soziale Krise andauert, solange die Kosten der Umverteilung zu Gunsten der Konzerne und der Reichen an die Kommunen weiter gereicht werden, so lange auf kommunaler Ebene Unternehmen subventioniert und Gelder für Prestigeprojekte und zur Bereicherung von Investoren verschleudert werden, wird es keine längerfristige Entspannung der kommunalen Haushaltssituation geben.

Claus Ludwig

Bürgerhaushalt von Berlin-Lichtenberg machte Eindruck

Selbst entscheiden, wofür die Stadt Geld ausgibt – nur eine Utopie mündiger Bürger? In Köln vielleicht in Zukunft nicht mehr. Anfang September veranstaltete der Rat ein Symposium zum Thema Bürgerhaushalt, rund 100 Personen beteiligten sich. Mit einem Bürgerhaushalt wird die Bevölkerung an der Aufstellung des Haushaltes beteiligt. Im Klartext heißt das, die Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbst, wie viel Geld für welche freiwilligen Leistungen ausgegeben wird. Dabei müssen sie aber berücksichtigen, dass der Haushalt ausgeglichen bleibt.

Auf dem Symposium wurden zwei Praxisbeispiele vorgestellt, denen unterschiedliche Konzepte zugrunde liegen. In Hamburg wird die Bürgerbeteiligung an der Aufstellung des Haushaltes nur über das Internet organisiert, in Berlin-Lichtenberg wurde eine Beteiligung wesentlich breiterer Bevölkerungsschichten ermöglicht. Anders als in Hamburg ist in Lichtenberg der Bürgerhaushalt neben der Internetbeteiligung mit zahlreichen Bürgerversammlungen verbunden. Außerdem konnten 10.000 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Lichtenberger Fragebögen beantworten.

Die Bezirksbürgermeisterin Emmerich (Die Linke.PDS) machte deutlich, dass dieses Konzept von

allen Parteien mitgetragen werden muss, sonst macht es wenig Sinn. Auch bei neuen Mehrheiten in der Bezirksverordnetenversammlung muss die Erstellung eines Bürgerhaushaltes Jahr um Jahr fortgesetzt werden.

Christa Emmerichs Vorschlag, den Bürgerhaushalt über die Stadtbezirke zu

entwickeln, fand breite Zustimmung. Großes Einvernehmen bestand in der Diskussion auch darüber, dass immer der gesamte Haushalt und nicht nur Teilbereiche diskutiert werden müsse. Sinnvoll fanden die Symposiumsteilnehmer auch, die Einnahmeseite in den Vorschlagskreis mit einzubeziehen.

Wie es in Köln konkret weiter geht, wird eine Steuerungsgruppe entwerfen, der auch ein Vertreter der Fraktion Die Linke.Köln angehört. Eine Herausforderung dabei ist, für die breite Bevölkerung plausibel und nachprüfbar darzustellen, wie ein kommunaler Haushalt aufgebaut wird und wie er verändert werden kann. Die gerade stattfindende Umstellung von der herkömmlichen Haushaltsführung Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) könnte diesen Schritt erleichtern.

Stadtkämmerer Soenius betonte in seinem Abschlussstatement, dass die Kämmererei an der Aufstellung eines Bürgerhaushaltes sehr interessiert sei. Ihm sei wichtig, dass alle Kölnerinnen und Kölner mitmachen können, und dass auch die Menschen mit Migrationshintergrund einbezogen werden müssen. Diese Prioritäten lassen Positives für die Einführung eines Bürgerhaushaltes in Köln ahnen.

Jörg Detjen

Bürgerhaushalt
Lichtenberg

Wir
rechnen
mit
Ihnen

Abstimmung
zum
Bürgerhaushalt 2007

Aus den Ausschüssen:

■ Wirtschaftsausschuss

Wem gehören die alten Rheinhallen?

Vor einigen Wochen machte die Meldung Schlagzeilen: Talanx, der frühere Gerling-Versicherungskonzern, überlege, den Standort Köln nach Hannover zu verlegen. Daraufhin wurde ein Geschäft mit dem Sparkassenchef Schröder ausgedeutet: GAG und SK Corpus kaufen die alten Gerling-Bürogebäude, Talanx zieht dafür als Mieter in die Rheinhallen ein.

Wie der WDR im Dezember 2005 berichtete, waren die denkmalgeschützten alten Rheinhallen zunächst an die Stadtsparkasse Köln (entgegen dem Ratsbeschluss jedoch lediglich für 67 Mio. Euro anstatt für 75 Mio. Euro) verkauft worden. Diese hatte die Top-Immobilie über eine ihrer Tochtergesellschaften jedoch an die Oppenheim-Esch-Gruppe für einen „Schnäppchenpreis“ von rund 54 Millionen Euro weiterverkauft.

Eine wundersame Kaufpreisreduzierung – hieß es damals. Warum städtisches Eigentum offensichtlich an reiche Privatanleger verschleudert wurde, blieb bisher ein Rätsel. Ebenso wie die Frage, warum die Sparkasse als kommunaler Träger den Investoren darüber hinaus noch zwanzig Jahre lang Mieteinnahmen von ca. 670 Millionen Euro garantierte. Soweit der WDR.

RTL mietet etwa die Hälfte der Rheinhallen, Talanx einen weiteren Teil. Hat es hier günstige Mietzusagen gegeben, die den Konzern bewegten, mit einem Teil des Unternehmens in Köln zu bleiben? Müssen hier die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln erneut tüchtig draufzahlen? Sparkassenchef Schröder wird im Zusammenhang mit der Vermietung oft in der Presse genannt. Der Oppenheim-Esch-Fonds taucht nicht mehr auf.

Eine Anfrage von Die Linke.Köln im Wirtschaftsausschuss versuchte Licht ins Dunkel zu bringen. Laut Stadtverwaltung seien die Eigentümer der Objekte die Bürohäuser Köln Rheinhallen GbR und die Bürohäuser Köln Rheinpark GbR. Vermieter allerdings seien die „Laurenz“-Vermögensanlage- und -verwaltungsgesellschaften mbH & Co KG und die SBK Kapitalbeteiligungsgesellschaften KölnBonn mbH.“ Die (städtisch beaufsichtigte) Sparkasse KölnBonn habe unmittelbar keinen Einfluss auf das Vermietungs- und Vermittlungsgeschäft, da dies durch Tochterunternehmen vorgenommen wird. Die Stadt sei damit an den Maßnahmen nicht beteiligt, hat also auch keinen Einfluss auf die Gestaltung des Mietvertrages. Die Stadt Köln subventioniere die Miete nicht.

Ob denn die o.g. Eigentümer etwas mit dem Oppenheim-Esch-Fonds zu tun haben

und ob es richtig sei, dass die Sparkasse KölnBonn eine Mietgarantie gegeben habe, fragten wir nach. Beides müsse erst recherchiert werden, lautete die Antwort. Wir warten gespannt darauf... Wie hoch die Mieten von RTL und Talanx nun tatsächlich sind, wird eine der nächsten spannenden Fragen sein.

Barbara Kleine

■ Sportausschuss

Rasenflächen für den Breitensport besser instand halten

Hunderte Breitensportler, die nicht in Vereinen organisiert sind, nutzen in Köln eine Reihe innenstadtnaher Rasenflächen auf öffentlichem Grund. Hier ist das Refugium der so genannten Straßenfußballer zu finden, deren Verschwinden allenthalben beklagt wird. Hier werden nicht nur Kontakte über alle Stadtteilgrenzen hinweg geknüpft



Übersicht Spielflächen in öffentlichen Parks

und bewahrt. Solche Spiel- und Begegnungsstätten sind auch von großer Bedeutung für die Attraktivität und das „Klima“ einer Stadt.

Der Zustand, und damit die Beispielbarkeit der in Frage kommenden Flächen, lässt leider sehr zu wünschen übrig. Die Spielflächen sind holprig, teils mit tiefen Löchern übersät, teils ganz ohne Rasen. Die Sportler würden die Instandsetzung sicher begrüßen, nicht nur wegen der gesteigerten Spielfreude, auch wegen der verminderten Verletzungsgefahr.

Damit könnte auch – zumindest teilweise – der Verlust der hochwertigen Spielflächen am ehemaligen Müngersdorfer Stadion kompensiert werden. Diese Rasenflächen sind durch die Weltmeisterschaft und Robbie-Williams-Konzerte so ramponiert

worden, dass sie erst nach mehr als einem Jahr dem Breitensport wieder zur Verfügung gestellt werden können.

Die Linke.Köln möchte eine Zusammenarbeit von Sport- und Grünflächenamt erreichen, um die Areale für Freizeitsportler regelmäßig zu pflegen. Mit den bereits vorhandenen Gerätschaften des Sportamtes ließe sich hier viel bewegen. Deswegen haben wir in der letzten Sitzung eine entsprechende Anfrage gestellt, in der die Möglichkeiten und Kosten solcher Maßnahmen geprüft werden sollen.

Felix Schulte

■ Ausschuss für Soziales und Senioren

Jeden Tag eine gute Tat

Es war schon eine eigenartige Diskussion, die sich in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren unter dem Tagesordnungspunkt „Übernahme des Essener Modells: „Arbeitslose begleiten Senioren in der Straßenbahn““ entwickelte.

Diesen Antrag hatte das Kölner Bürgerbündnis zur Ratssitzung am 29. August gestellt. Der Rat war so klug, diesen doch sehr unausgegorenen Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss Soziales und

Senioren zu verweisen. Dort wurde deutlich, dass der Antrag mehr Fragen aufwirft, als er klare Anweisungen an die Verwaltung enthält:

Was ist, wenn die KVB nicht mitmacht? Was bedeutet „unter Einsatz von Ein-Euro-Jobbern“? Sind auch Arbeitslose unter 25 damit gemeint? Auch solche Ein-Euro-JobberInnen, die keine Lust

dazu haben? Welche Träger sollen das organisieren? Wie soll die Qualifizierung der diesen Service Leistenden aussehen? Was sagt der SBK dazu?

Aber die Damen und Herren von der CDU dachten wohl noch an den alten Pfadfinder-Leitspruch: Jeden Tag eine gute Tat. Ob die Herren Senioren – von Damen ist in dem Antrag nicht die Rede – wollen oder nicht, ihnen muss geholfen werden. Die Mitglieder der CDU-Fraktion wollten keine weitere Klärung der Fragen, sondern den Beschluss zur Umsetzung des Antrages – hier und jetzt und wie auch immer.

Es hat nicht geklappt. Die große Mehrheit des Ausschusses war dagegen und überließ den Antrag der Verwaltung zur Prüfung.

Michael Kellner

Verfemte NS-Opfer: Deserteure – Gedenken durch Mahnzeichen

Denkmale prägen unser stadtkölnisches Selbstverständnis der Naziherrschaft. Nach anfangs pauschalen Erinnerungen an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft werden allmählich einzelne Widerstandsgruppen wie die Edelweißpiraten und Opfergruppen wie die Homosexuellen mit Gedenkzeichen, jüngst die katholischen Widerstandskämpfer, gewürdigt. Lange genug hat man sich schwer getan mit dem Gedenken an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Bis heute wird ihrer öffentlich nur in wenigen Städten gedacht.

Den Deserteuren, „Wehrkraftzetzern“ und Kriegsdienstverweigerern aus der NS-Herrschaftszeit soll in Köln endlich ein Denkmal gesetzt werden. Die Linksfraktion hat hierzu für die Ratssitzung am 28.9.06 einen Antrag eingebracht, nach dem die Verwaltung dem Rat bis Anfang 2007 einen Vorschlag über die Errichtung eines solchen Denkmals zu unterbreiten hat. Dabei soll geprüft werden, ob sich ein Standort in die bisherigen Gedenkstätten für die Opfer der Naziherrschaft eingliedern lässt. Das wäre im Klingelpützpark denkbar, aber auch an anderer Stelle, wenn sie sich in eine Art Geschichtsmeile einplanen ließe. Art und Ausmaß des Denkmals

sind noch nicht beschrieben.

Anstoß für den Antrag gab Anfang des Jahres eine Veranstaltung zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz. Dort stellte die Bürgermeisterin Scho-Antwerpes fest, dass es in Köln noch immer kein Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz gebe. Dieser Personenkreis wurde nach vielen schwierigen Diskussionen und Anhörungen im Juli 2002 durch eine Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege gegen den erklärten Willen des Verteidigungsausschusses endlich öffentlich rehabilitiert. Zuvor hatte das Bundessozialgericht 1991 einen ersten Schritt zu ihrer Rehabilitation getan. In einem Grundsatzurteil wurde auch den Hinterbliebenen der hingerichteten Soldaten eine Entschädigung zugesprochen. Zu entschädigen seien „gleichermaßen Widerstandskämpfer, unpolitische Menschen, auch ‚Feiglinge‘ und treue Gefolgsleute in einem völkerrechtswidrigen Krieg“. In der Rentenversicherung wurden künftig auch die Strafzeiten der Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, Selbstverstümmeler und Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Aber „Kriegsverrat“ war davon ausgenommen. Er wurde in einem

Zuge mit den kriminellen Straftaten der Plünderung, Misshandlung von Untergebenen und Leichenfledderei genannt.

In ihrer Antragsbegründung führt die Fraktion aus, dass es mindestens 300.000 deutsche Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer während der NS-Herrschaft gegeben hat. 30.000 von ihnen wurden nach deutschem Kriegsrecht zum Tode verurteilt, über 22.000 von ihnen hingerichtet, davon auch eine unbekannte Anzahl im Kölner Klingelpütz.

Im Sommer 2007 wird im NS-Dokumentationszentrum (EL-DE-Haus) eine bereits jetzt bundesweit beachtete Ausstellung zum Thema „Opfer der NS-Militärjustiz“ stattfinden, die die Berliner Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ erarbeitet hat.

Die Deserteure haben sich durch Wort und Tat aktiv geweigert, den Herrschaftsanspruch des NS-Regimes anzuerkennen. „Diese anderen Soldaten“, wie sie in Militärkreisen abschätzig genannt werden, verdienen – wenn auch reichlich spät – Respekt und vorbehaltlose Hochschätzung aller Demokraten. Die Bundeswehr tut sich bis heute schwer damit.

Wolfgang Breuer



Am 18.9. hatte der Betriebsrat der Allianz in Köln zu einem Aktionstag aufgerufen. An der Demonstration nahmen der Fraktionsvorsitzende von Die Linke.Köln, Jörg Detjen, und Ulla Lötzer von der Bundestagsfraktion die Linke teil. In einer gemeinsamen Solidaritätserklärung sehen sie sich „in der Verantwortung, Eure Auseinandersetzung noch im Herbst 2006 im Parlament mit Initiativen zu unterstützen, die verfassungsgemäße Sozialbindung des Eigentums wiederherzustellen und Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigungssicherung durchzusetzen.“

Foto: arbeiterfotografie

Hubschrauberlandestation auf dem Kalkberg wird trotz Kostenexplosion durchgezogen

Gegen den erbitterten Widerstand der BürgerInnen wurde am 5.7.2005 im Rat der Stadt mit Stimmen der Mehrheit gegen die Stimmen der Linkspartei der Planungsbeschluss für die Hubschrauberbetriebsstation der Luftrettung auf dem Kalkberg in Köln-Buchforst gefasst. Im vorausgegangenen Beratungsverfahren wurden Alternativen nicht wirklich geprüft, die berechtigten Anliegen der AnwohnerInnen ignoriert und das Verfahren einfach durchgezogen.

Zwischenzeitlich gab es eine Architekturmehrfachbeauftragung, die zu einem

Bebauungsvorschlag führte. In diesem Vorschlag soll eine Lärmreduzierung durch den zusammenhängenden Baukörper von Hangar- und Dienstgebäude erreicht werden. Darüber hinaus sind weitere lärmreduzierende Maßnahmen durch den Bau einer rot-weißen Schutzwand, einiger Erdwälle und dichten Bepflanzungen vorgesehen. All diese Maßnahmen werden aber das Lärmproblem nicht lösen, denn die Hubschrauber werden darüber hinweg fliegen. Auch ist nicht beabsichtigt, die heute eingesetzten zwei Hubschrauber durch neue

lärmreduzierte Modelle zu ersetzen. Weiter mussten noch durch den Rat einige Fluchtlinienpläne verändert werden, da in diesen das Gelände des Kalkberges als „Garten und Erholungsfläche“ ausgewiesen wurde. Dem Bereich wird eine hohe Lebensraumfunktion, besonders für Vögel, zugewiesen, der ökologische Nutzen ist hoch. Daher sollten Eingriffe in diesen Flächen vermieden werden.

Wieso ist dann in Zukunft eine Bebauung zu erklären? – Gar nicht! Es gibt wohl höhere Wertigkeiten, die in der Bebauung

In den Bezirksvertretungen

■ Mülheim

BV missbilligt Schließung der Post in Buchforst

Nach Angaben von Mitarbeitern der Postfiliale Köln-Buchforst beabsichtigt die Deutsche Post, Postfilialen mit 1,5 Mitarbeitern und weniger bis spätestens Ende 2007 zu schließen, darunter auch die Filiale Buchforst.

In Buchforst leben derzeit etwa 7.500 Menschen, die diese Postfiliale im Alltag nutzen. Auch aus Mülheim und Kalk nutzen Bürger diese Post. Die geplante Schließung bedeutet, dass Arbeitsplätze abgebaut werden und die Nahversorgung von Menschen, die in einem Sozialraum mit hoher Arbeitslosigkeit leben, weiter zerstört wird. Die Linke.Köln in der Bezirksvertretung Mülheim hat diesen Vorfall im Rahmen eines Prüfauftrags und eines Antragsbeschlusses thematisiert. Mit einer eindeutigen Mehrheit (mit Ausnahme der CDU, die sich enthalten hat) hat die Bezirksvertretung Mülheim beschlossen, der Verwaltung einen Prüfauftrag zur Filialschließung zu erteilen. Außerdem wurde folgender Beschluss gefasst: „Die Bezirksvertretung Mülheim missbilligt die Schließung der Postfiliale Köln-Buchforst und fordert die Verwaltung und die Post auf, von den Schließungsplänen Abstand zu nehmen. Ferner fordert sie die Verwaltung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Deutsche Post die Filiale auch weiterhin in eigener Regie betreibt und diesen Betrieb auch künftig sicherstellt.“

Ein Erfolg für die Arbeit der Linke in der Bezirksvertretung Mülheim.

Kemal Bozay

■ Chorweiler

Die S 11 und die Langmut der Kunden

Wer vom Kölner Hauptbahnhof nach getaner Arbeit oder auch nur zu einem Ausflug ins Grüne die S11 in Richtung Worringen



besteigt, kommt in der S-Bahn zwar nicht um, aber häufig doch nicht an. Immer wieder ist zu beobachten, dass bei Verspätungen der S11 Passagiere, die die Haltestellen im Bezirk Chorweiler (Volkhovener Weg, Chorweiler, Chorweiler-Nord, Blumenberg und Worringen) erreichen wollen, am S-Bahnhof Longerich kurzfristig aufgefordert werden, die Bahn zu verlas-

warnsystem für S 11-Kunden gibt.

Eine Antwort des VRS steht noch aus. Aber wahrscheinlich haben die Kunden wieder alles nur geträumt.

Dieter Wernig

■ Mülheim

Modernisierungsstopp in LEG-Wohnungen prüfen

Die Sanierung der Wohnungen in der „Weißen Stadt“ in Köln-Buchforst (Fabriziusstr. und Messmerstr.) ist gestoppt. Nach einem Bericht der „WDR-Lokalzeit“ ist der Eigentümer, die LEG, dazu von der Denkmalschutzbehörde wegen der Verwendung einer dickeren Außendämmung aufgefordert worden. Mieterinnen und Mieter haben dafür kein Verständnis, zumal die Wohnungen bislang in einem schlechten Zustand und noch völlig unfertig modernisiert sein sollen.

Deswegen hat die Linke.Köln in der Bezirksvertretung einen Prüfauftrag an die Verwaltung gestellt, um Klarheit über den Fortgang der Sanierung zu erhalten.

Kemal Bozay

Fortsetzung von Seite 4

von Köln-Merheim zu suchen sind: Neue Einfamilienhäuser gegen die Bebauung des Kalkberges.

Eine weitere Hürde liegt noch vor der Realisierung des Projektes. Bevor es zur Bebauung kommt, ist jetzt noch die Erteilung der luftrechtlichen Erlaubnis von der Bezirksregierung Düsseldorf notwendig. Dazu werden die Unterlagen vom 16. bis 29. Oktober im Stadthaus Köln-Deutz ausgelegt. Dort können dann noch Einwände dagegen eingelegt werden.

Die plötzliche Verdoppelung der Kosten auf jetzt 4,8 Mio. Euro hat im Gesundheitsausschuss für Aufregung gesorgt und

Fragen aufgeworfen. Hier wird aber lediglich ein Scheinthema aufgemacht, denn eine Änderung des Grundsatzbeschlusses ist nicht zu erwarten. Die Grundüberlegungen der zustimmenden Ratsmitglieder haben sich nicht geändert. Folgerichtig wird die Erhöhung der Kosten im Gesundheitsausschuss als „zufrieden stellend“ bewertet, sodass nach der luftrechtlichen Erlaubnis im Jahre 2007 mit dem Bau begonnen werden kann.

Für uns aber bleibt auch weiter der richtige Weg die Nichtbebauung des Kalkberges.

Franz-Albert Krämer

Neue Schuldezernentin für Linke wählbar

Drei der vier Mitglieder der Fraktion Die Linke.Köln werden die rot-grüne Kandidatin Frau Dr. Klein auf der Ratssitzung mitwählen. Claus Ludwig wird sich enthalten.

Agnes Klein war im fünfjährigen rot-grünen Interregnum in Münster zur Schuldezernentin aufgestiegen. Sie war dort insbesondere mit ihrem Konzept einer dezentralen Flüchtlingspolitik der Linken positiv aufgefallen. Von Flüchtlingsinitiativen wurde diese Politik gelobt, für die Linkspartei war dieses Konzept Vorbild des eigenen Handelns.

Der grüne Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament Münster, Klas sieht laut Münsterscher Zeitung vom 22.9. ihren Weggang in einer „politischen Säuberungsaktion“ der amtierenden schwarzgelben Stadtregierung in Münster geschuldet.

Nun hat auch die Kölner FDP angekündigt, Frau Klein mit zu wählen. In Münster scheint sie der FDP zu un bequem geworden zu sein, ihre Flüchtlingspolitik steht im krassen Gegensatz zu der äußerst repressiven Linie der Kölner FDP. Wie das zu einer kooperativen Zusammenarbeit führen soll, bleibt das gut gehütete Geheimnis der FDP.

Andrea Kostolnik

Senioren wählen ihre Vertreter

Am 6. November haben alle über 60 Jahre alten Einwohnerinnen und Einwohner Kölns die Möglichkeit, in ihren Stadtbezirken Seniorenvertreterinnen und -vertreter zu wählen. Die Wahl findet zum siebten Mal statt. Fünf Frauen bzw. Männer werden dann in ihrem Stadtbezirk für fünf Jahre Ansprechpartner und Berater für ihre gleichaltrigen Mit-Einwohner, aber auch für die Politik. Stellen sich in einem Bezirk übrigens mindestens zwei Ausländer zur Wahl, erhalten aber nicht genug Stimmen für die ordentlichen Plätze, so erhält einer von ihnen einen sechsten Platz. Die Aufgaben der Seniorenvertreter sind vielfältig. Hauptziel ist es, den älteren Menschen Mittel und Wege aufzuzeigen, ihr Leben möglichst lange selbstständig zu gestalten. Seniorennetzwerke tragen in den einzelnen Stadtbezirken dazu bei, diese Hilfen anzubieten.

Für „linke“ Seniorenvertreter wird es sicherlich eine Hauptaufgabe sein, auch sozial schwächer gestellten älteren Menschen eine Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Die Arbeit für und mit ausländischen Mitbürgern oder Menschen mit Migrationshintergrund ist ein weiteres wichtiges Feld.

Die Seniorenvertreter entsenden einen Stellvertreter in die jeweilige Bezirksvertretung, um auch dort altenrelevante Themen zur Sprache zu bringen. Dabei kann es sich

z.B. um Verkehrsprobleme handeln, aber auch um den Standort eines Briefkastens.

Einige Seniorenvertreter haben sich die Aufgabe gestellt, für Geselligkeit im Alter zu sorgen. So gibt es im Stadtbezirk Ehrenfeld Tanzkreise und Kaffeenachmittage, die auf großes Interesse stoßen.

Es gibt auch eine Zusammenarbeit der einzelnen Seniorenvertretungen über den Stadtbezirk hinaus im Rahmen der Stadtarbeitsgemeinschaft Senioren. Dort treffen sich ca. viermal im Jahr die Vertreter der Stadtbezirke, von Wohlfahrtseinrichtungen und der städtischen Ämter zum Erfahrungsaustausch. Im Rahmen des „Seniorenjahres 2006“ fand in Köln auch ein „Seniorentag“ statt, der etliche tausend Besucher aus ganz Deutschland anzog und darauf hinwies, dass mittlerweile fast 30 Prozent der Bevölkerung über sechzig Jahre alt ist. Eine Tatsache, die auch verstärkt Industrie und Handwerk veranlasst haben, sich mit ihren Produkten vor allem an die betuchteren der „jungen Alten“ zu wenden, von „Nahrungsergänzungsmitteln“ aller Art bis zu Spezialreisen und Einrichtungsgegenständen.

Auf jeden Fall sollten wir alle Betroffenen ermutigen, die ihnen übersandten „Wahlbriefe“ im Oktober nicht wegzuerfen, sondern mit zu wählen.

Helga Humbach

Bürgerzentren – wichtig für die Veedel

Vor 25 Jahren entstand das Bürgerzentrum Chorweiler als Modellversuch des Landes NRW. Damals hieß das noch „sozio-kulturelles Zentrum“ und sollte als wohnungsnahe Anlauf- und Beratungsstelle für die Bürgerinnen und Bürger dienen. Heute ist es weit mehr als das: Neben den Schwerpunkten Jugend- und Seniorenarbeit ist es vor allem kultureller Mittelpunkt mit zahlreichen Veranstaltungen wie den stets ausverkauften Kabarettabenden.

Zum Jubiläum gab es die „längste Kabarettvorstellung, die wir je hatten“ und tags darauf ein viel bejubeltes Konzert mit „Köbes Underground“, in dem die Stunksitzungs-Kultband in viele Rollen schlüpfte und das Publikum begeisterte.

Beim festlichen Empfang für Freunde und Förderer sowie für die Mitarbeiter des Bürgerzentrums aus vielen Jahren würdigte die zuständige Sozialdezernentin Marlis Bredehorst das große Engagement ehrenamtlicher wie hauptamtlicher Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter als Ausdruck echten „bürgerschaftlichen Engagements“ und wünschte noch viele Jahre erfolgreicher Arbeit. Sie versicherte, dass trotz knapper Mit-

tel die Wichtigkeit der Bürgerzentren in ihrem Amt stets erkannt und berücksichtigt werde. Wir werden uns und sie an diese Zusage erinnern.

Helga Humbach



Jubiläumsfeier 25 Jahre Bürgerzentrum Chorweiler

Foto: Bürgerzentrum Chorweiler

Köln Pass: Bürgerantrag wird im Rat abgestimmt

Nachdem der Köln Pass im Jahr 2000 abgeschafft worden war, hat die Linke.PDS stets die Wiedereinführung gefordert und mehrere Anträge dazu in den Rat eingebracht. Noch im letzten Jahr hat sie zusammen mit Gemeinsam gegen Sozialraub den Antrag auf ein Jobsucher-Ticket gestellt. Zu der Position gehörte immer die Forderung, auch Arme mit in den Empfängerkreis einzubeziehen.

Kooperationsvereinbarung von SPD und Grüne unzureichend

Im März dieses Jahres schlossen SPD und Grüne eine Kooperationsvereinbarung. Sie sah ein Mobilitätsticket für Sozialgeld- und ALG II-Empfänger vor. Mit „nur“ einer verbilligten Fahrkarte fehlte ein Dokument, das dem Besitzer/der Besitzerin bescheinigt, anspruchsberechtigt für verschiedene Vergünstigungen zu sein. Hier musste unbedingt nachgebessert werden. Ebenso war der Ausschluss von Niedrigverdienern nicht hinnehmbar. Das machte die Fraktion Die Linke.Köln SPD und Grüne mehrmals klar.

Personenbündnis gründet sich

Im Mai dieses Jahres fand sich ein Bündnis aus Einzelpersonen zusammen, um den Gang der Dinge zu befördern. Die Initiative sammelte rund 1600 Unterschriften. Zu den Unterstützern gehören neben Heinrich Pahl, Werner Rügemer und Maria Mies viele Mitglieder der Kölner Erwerbslose in Aktion, der Erwerbslosenrat Köln, Frauen gegen Erwerbslosigkeit und attac, auch Mitglieder der Linkspartei.PDS, Gemeinsam gegen Sozialraub und der WASG.

Die Initiative mündete in der Einbringung einer Bürgeranregung in den Beschwerdeausschuss. Der im Juni gestellte Antrag wurde allerdings erst am 25.9. im Beschwerdeausschuss behandelt.

Ticket für 20,70 Euro

Auch eine von Rot-Grün angestrebte Fahrpreisreduzierung um 50% hielt die Initiative für viel zu gering. 20,70 Euro ist der Fahrtkostenanteil im ALG II. Weil der Regelsatz nach eigener Definition nur den Bedarf deckt, können sich Arbeitslose schwer einen höheren Betrag leisten. Der reduzierte Preis einer Monatskarte im Abonnement würde schon vor den angekündigten Preiserhöhungen der KVB 28,05 Euro kosten.



www.arbeiterfotografie.com,
Foto: Alexandra Bersch

Ratsantrag von SPD und Grüne deutlich nachgebessert

Der folgende Antrag von Rot-Grün entsprach wesentlich deutlicher den Forderungen der Fraktion. Nun stand kein Mobili-

tätsticket mehr neben geringeren Eintrittspreisen für Kultur und Sport, sondern es war plötzlich wieder von einem Köln Pass die Rede.

In den Kreis der Berechtigten sind neben Asylbewerbern auch Niedrigverdiener aufgenommen, allerdings nur solange sie nicht mehr als 110% des Regelsatzes zum Leben (rund 380 Euro) haben.

Zum Vergleich: Der frühere Köln Pass schloss Niedrigverdiener bis zu 130% ein, in Bonn erhält man den Bonn-Ausweis auch dann noch, wenn man 171% des Regelsatzes (plus Miete und Heizung) verdient.

Bürgerantrag im Beschwerdeausschuss

Als der Bürgerantrag im Beschwerdeausschuss verhandelt wurde, sind damit zwei neue Leistungen in der Diskussion aufgetaucht. Der Köln Pass soll Kindern ein kostenloses Mittagessen in städtischen Schulen ermöglichen. Außerdem sollen seine Besitzer von städtischen Verwaltungsgebühren, z.B. für das Ausstellen von Ausweisen und Urkunden, befreit werden.

Gerade diese Aspekte schienen für einige Mitglieder des Beschwerdeausschusses überlegenswert. Denn der Bürgerantrag wurde schließlich mit den Stimmen von SPD und Grünen an den Rat verwiesen, wo er nun zur Abstimmung kommt.

Weiterkämpfen lohnt sich

Ein Erfolg für alle, die demnächst einen Köln Pass erhalten. Das sind nach der Ratsitzung hoffentlich mehr, als jetzt beabsichtigt. Fest steht aber schon jetzt, dass nach einem Jahr ausgewertet und eventuell nachgebessert werden soll. Das Weiterkämpfen lohnt sich also. Wir werden unsere Forderungen immer wieder thematisieren.

Andrea Kostolnik

Weg frei für eine repräsentative Moschee in Ehrenfeld

Am 21. September hatte der Trägerverein DITIB eingeladen, um die Baupläne für die geplante repräsentative Moschee vorzustellen. Neben dem Verein selbst waren Vertreter von CDU, SPD, Grüne, FDP und Die Linke.Köln vertreten.

Der Entwurf des Architekten Böhm, der beim ausgelobten Wettbewerb den ersten Preis gewonnen hatte, machte das Rennen. Der Ehrenfelder Bezirksbürgermeister Wirges forderte die Baupläne zügig und unbürokratisch zu genehmigen.

Derweilen setzt Pro Köln seine Hetzkampagne gegen die Moschee fort und feiert das Ende der „Medienblockade“ nach ihrer ersten Pressekonferenz. Moscheebetreiber und Politik wollen dagegen aufklären, um Ängste zu nehmen. DITIB plant, regelmäßig Begehungen der Moschee und der Begegnungsstätte durch die Bevölkerung zu ermöglichen. Bezirksvertreter wollen mit Infoständen Präsenz zeigen, Fragen beantworten und Vorurteile aus der Welt schaffen.



Der Entwurf des Architekten Böhm

Yesim Yesil

Platzj abbeck

Bitte **kosten** los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Spitzentreffen von OB Schramma und Polizeipräsident Steffenhagen? 80 Euro sind viel Geld

„Eine kabarettreife Leistung“ meinte die Kölner Rundschau zu der Drucksache 1348/006 „Benachrichtigung anderer Behörden etc. über Straßenbenennungen“, die dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) vom Amt für Liegenschaften präsentiert wurde.

Was man sonst eher aus linken Kreisen kennt – Streit mit der Polizei – treibt das Amt für Liegenschaften nun auf die Spitze. Das Amt möchte jährlich 80 Euro, um alle Straßenumbenennungen den zahlenden Behörden mitzuteilen. Doch die Polizei möchte die 80 Euro lieber selbst behalten.

„Auch für die Polizei gilt: Infos nur gegen Bares“ umschrieb die Kölnische Rundschau den Clinch. Im Geiste sah man Polizeipräsident Steffenhagen schon missmutig mehrere zerknitterte 10-Euro-Scheine auf die Amtstheke blättern.

Der Ausschussvorsitzende des AVR, Michael Zimmermann, wies die Rolle des Streitschlichters zurück: Ob es in dem Falle zu einem Spitzengespräch zwischen dem Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten komme, solle doch in den Verwaltungen geklärt werden und nicht im Ausschuss, war seine Position. Er wies die Vorlage zurück.

Die Fraktion die Linke.Köln warnte vor einer langwierigen Bearbeitung durch die Verwaltung. Denn die Kosten für die Bearbeitung des Falles und die Erstellung der Vorlage für den Ausschuss hätten bereits jetzt 80 Euro weit überstiegen.

Dieser Schildbürgerstreich hat leider auch eine ernste Kehrseite. Inzwischen haben sich einige Fälle ereignet, in denen die Polizei die neuen Straßennamen nicht kannte und deshalb dringende Notfalleinsätze nicht fahren konnte. Allein deshalb darf dieser bürokratische Wahnsinn nicht weitergehen.

Jörg Detjen



Am 22. September fand die Eröffnung der Fotoausstellung „Nicht in unserem Namen - Abriss eines Wohnviertels“ in der Kunsthalle der Alten Feuerwache statt. Unter Schirmherrschaft der Arbeiterfotografie werden Fotos und zahlreiche andere Exponate der letzten sechs Monate des Barmer Viertels gezeigt. Vom Leben im Viertel, der Besetzung, dem Widerstand der Bevölkerung, von Ratssitzungen, Lesungen und Konzerten, der Räumung bis zum Abriss gibt die Ausstellung einen Überblick.

Sie macht deutlich, wie eine Stadt gegen ihre Bürger handeln kann. Die Ausstellung ist noch bis zum 4. Oktober geöffnet, danach folgen andere Bürgerzentren.

Termine:

Mittwoch, 22.11., 18.30 Uhr

Forum 3:

Bürgerhaushalt für Köln?

Mit Christa Emmerich, Bürgermeisterin Berlin-Lichtenberg, Stadtbezirk mit Bürgerhaushalt

Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Bis zum 4. Oktober: Fotoausstellung

„Nicht in unserem Namen - Abriss eines Wohnviertels“

Kunsthalle des Bürgerzentrums Alte Feuerwache, Melchior-str. 3, mi-do 16-19 Uhr, fr 18-21 Uhr

